

## Antrag

der Fraktion DIE LINKE und der SPD-Fraktion

Thema **Keine Haushaltskonsolidierung auf Kosten wichtiger Zukunfts-  
investitionen und sozialer Infrastruktur in Sachsen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,  
über eine entsprechende Ergänzungsvorlage zum Haushaltsentwurf 2011/2012 zu gewährleisten, dass die auf Basis der aktualisierten Haushaltssituation ggf. eintretenden Steuermehreinnahmen so für die Haushaltsjahre 2011/2012 eingeplant werden, dass vorgesehene Kürzungen bei Bildungsinvestitionen, sozialer Infrastruktur, der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie im Kulturbereich zurückgenommen werden und damit vermieden wird, dass

- die bisher geplanten Kürzungen und Sparvorhaben zu den gravierenden Einschnitten in bisher funktionierende Strukturen der sozialen Sicherung führen;
- Errungenschaften im Forschungs-, Bildungs- und Kulturbereich, die für die Umsetzung Innovationsstrategien, von Chancengleichheit und Bildungs- und Kulturentwicklung notwendig sind, verloren gehen;
- damit verbundene Folgekosten in den nächsten Jahren zu enormen Mehrbelastungen für den sächsischen Freistaat führen.

### **Begründung:**

Die Einnahmesituation stellt sich aktuell besser dar, als von der Staatsregierung bei der Haushaltsaufstellung angenommen. Deshalb fordert der Antragsteller die Staatsregierung auf, zu überarbeiten. Der von der Staatsregierung vorgelegte Haushaltsentwurf sieht erhebliche Kürzungen in den Bereichen Bildung, Soziales und öffentliche Sicherheit vor, ohne die entsprechende finanzpolitische Notwendigkeit.

- b.w. -

Dresden, den 25. Oktober 2010

Dr. André Hahn  
und Fraktion

Martin Dulig  
und Fraktion

Eingegangen am: \_\_\_\_\_

Ausgegeben am: \_\_\_\_\_

Diese Kürzungen hätten zur Folge, dass grundlegende Angebote eingeschränkt oder gestrichen werden (kostenfreies Vorschuljahr, Ganztagsangebote) und Auswirkungen auf Strukturen sich dergestalt auswirken, dass das Netz der sozialen Sicherung ausgedünnt wird. Insbesondere die Angebote im ländlichen Raum stehen dabei auf der Kippe.

All diese Auswirkungen sind nicht einfach umkehrbar und werden mit erheblichen Kosten verbunden sein. Außerdem sind Folgekosten, die entstehen, wenn Hilfen nicht angeboten werden, ebenfalls in einem großen Ausmaß zu erwarten.

Deshalb fordern die Antragsteller die Staatsregierung auf, die genannten Kürzungen zurückzunehmen und in einer Ergänzungsvorlage den Haushalt 2011/2012 entsprechend zu überarbeiten.